

Berliner Tageblatt



Nr. 262

und Handels-Zeitung

53. Jahrgang

Chef-Redakteur Erber Wolf in Berlin.

Druck und Verlag von Rudolf Mofse in Berlin.

Noch kein Abschluß der Verhandlungen.

Deutschnationale Konfusion.

Die Vertreter der Mittelparteien beim Kanzler.

Im Reichstag gingen heute vormittag die Verhandlungen zwischen den Fraktionen im Sinne der Bildung eines großen Bürgerblocks weiter. Während die Fraktionen versammelt blieben, hielten die Parteiführer Besprechungen miteinander und mit dem Reichspräsidenten ab. Die deutschnationale Reichstagsfraktion stellte für ihre Beteiligung eine Reihe von Forderungen auf, die den Gegenstand der Erörterungen bildeten. Sie verlangten zunächst, daß in die zu erwartende Programmrede des Reichspräsidenten eine Formulierung aufgenommen wird, die von einer kontinuierlichen Fortführung der auswärtigen Politik spricht. Die Deutschnationalen fordern weiter die Aufnahme eines Absatzes über die Kriegsschuldfrage, sowie die Aufnahme der Aufwandsfrage im Sinne der Hamburger Erklärungen des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Dr. Gergt. Die vierte Bedingung geht dahin, daß bei der Vertagung der Reichstagsarbeiten die Stärke der Fraktion unbedingt berücksichtigt werden muß. Schließlich fordern die Deutschnationalen, daß die deutschnationale Fraktion des preussischen Landtages vor Abgabe der Erklärung der Reichsregierung sich im Besitze von befriedigenden Erklärungen über die Umstellung in Preußen befindet.

In der zweiten Nachmittags-Sitzung dauerte die Fraktionsführung der Deutschnationalen noch an. Die vorlesenen wiedergegebenen deutschnationalen Mitteilungen sind die Grundlage, auf der sich jetzt die Diskussion aufbaut. Als diese Mitteilungen bekannt wurden, riefen sie bei den Mittelparteien, die sich abends vor eine neue Situation gestellt sehen, außerordentliches Interesse. Darauf erklärten die Deutschnationalen, die Mitteilungen hätten keine endgültigen Beschlässe der Fraktion, und widersprächen so ihre eigene Bestimmung. Zugleich ließen sie wissen, daß sie den Mittelparteien gegen drei Uhr einen eingehenden Bericht über ihre Beschlässe zugehen lassen würden. Die Vertreter der bürgerlichen Mittelparteien weichen zur selben Zeit beim Reichspräsidenten.

Welche umfangreiche Zersplittertheit innerhalb der Deutschnationalen Fraktion herrscht, wird illustriert durch die Vorgänge, die sich bei uns nach der Bekanntgabe der erwähnten Mitteilungen abspielten. Die Deutschnationalen forderten im Reichstag die Nachrichtenredaktion, die diese Mitteilung verbreitet hätte, auf, ein Demotiv zu bringen. Die Nachrichtenredaktion verweigert dies mit der Erklärung, daß ihnen die Mitteilungen von einem Mitgliede der deutschnationalen Fraktion zugehört worden seien. Sie seien dagegen bereit ein offizielles Demotiv der deutschnationalen Fraktionsleitung zu veröffentlichen. Dazu wollte sich die Fraktionsleitung aber nicht verstehen, weil sie die Zustände in ihren eigenen Reihen ja genügend kennt.

Nur noch 2 Uhr nachmittags wurden von der deutschnationalen Fraktion die Mitteilungen über die Forderungen der Partei offiziell als unzutreffend bezeichnet und die Reichstagsliste von dem Demotiv in Kenntnis gesetzt.

Das Reichstagspräsidium bei dem Reichspräsidenten.

Der neuwahle Reichstagspräsident Dr. Wallraf stiftete gestern dem Reichspräsidenten einen Besuch ab; heute empfing der Reichspräsident das neue Präsidium des Reichstages, bestehend aus dem Präsidenten Dr. Wallraf, den Vizepräsidenten Littmann und Dr. Krieger.

Zur Kanzlerkandidatur Tirpitz.

Eine Anfrage im englischen Unterhaus.

London, 3. Juni. (W. T. W.)

In Beantwortung einer Frage Mr. Edwards Benns, ob die Regierung irgendwelche Vorstellungen bei der deutschen Regierung darüber erhoben habe, daß die Ernennung des Admirals Tirpitz zu einem hohen Regierungsamt von den Alliierten nicht aufgenommen werden würde, erklärte Mr. Benn: „Ich kann Herrn Benn versichern, daß wir nicht verabsäumen haben, das zu tun, was wir sowohl in dieser als auch in anderer Hinsicht für unsere Pflicht halten.“

Zu den Meldungen von einem englischen Schritt in Berlin gegen eine Kanzlerkandidatur Tirpitz hören wir noch: Am letzten Freitag haben die amerikanischen und der englischen Botschafter im Auswärtigen Amt vorgeschlagen, wo sie mit dem Reichsaussenminister eine längere Unterredung hatten. Über den Inhalt dieser Besprechung wird zwar stillschweigend geredet, doch verläutet, daß sich die Aussprüche mit den Wirkungen der gegenwärtigen Krise in Deutschland auf die öffentliche Meinung Englands und Amerikas bezogen hätte.

Wer in Deutschland zum Reichskanzler ernannt wird, ist Sache des Reichspräsidenten und lediglich eine deutsche Angelegenheit. Keiner fremden Regierung kann das Recht zuerkannt werden, deswegen „Vorstellungen“ zu erheben. Daß von deutschen Standpunkten und vom deutschen Interesse aus die Ernennung eines Mannes wie des Admirals Tirpitz mit Rücksicht auf die außenpolitischen Folgen geradezu fatal wäre, ist nicht zu verkennen, haben wir von Anfang an betont. Die Sache hat jetzt wohl nur noch historische Bedeutung.

Eine Warnung des Rheinlandes.

Für das Programm der Mittelparteien. — Man soll mit unserer Liebe zum Vaterland keine Experimente machen.

Berlin, 3. Juni. (W. T. W.)

Der Oberpräsident der Rheinprovinz, Reichsminister a. D. Fuchs, hat nachstehendes Telegramm an den Reichspräsidenten geschickt:

Millionen Deutsche können zurzeit angelegentlich furchtbaren Geldnot nicht leben und nicht sterben. Lediglich die Erfüllung auf baldige Lösung des Reparationsproblems hebt den gänzlich zusammenfallenden Wohlstand auf. Mit fehlerhaftem Vertrauen erwartet die Bevölkerung des besetzten Gebietes das umgehende Zustandekommen einer Regierung, die auf der Grundlage des Programms der Parteien der Mitte die bevorstehenden für Deutschlands Zukunft entscheidenden Verhandlungen führen soll. Die Bevölkerung des Rheinlandes würde es unverständlich finden, wenn parteipolitische Erwägungen die Lösung der entscheidenden Krise auch nur um einen weiteren Tag verschoben würden. Zustände wie im Jahre 1923 würden die Rheinlande nicht noch einmal siegreich überwinden. Die Erbitterung ist um so größer, weil man auf der anderen Seite merkwürdig Einlenken sieht, das man nicht durch parteipolitische Gollstrickerei von Volkvertretern, die Rheinlands Bedeutung und Not offenbar nicht richtig würdigen, geschlagen wissen möchte. Als Leiter der beredigten Rheinprovinz mit sieben Millionen Menschen erhebe ich warnend und beschwärend in letzter Stunde meine Stimme. Wir haben bisher alles Leid für das Vaterland gern ertragen, aber man soll mit unserer Liebe zum Vaterland keine Experimente machen.

Fuchs, Oberpräsident der Rheinprovinz.

Die Deutschnationalen haben bekanntlich einen ausgeprochenen Kurswechsel in der auswärtigen Politik verlangt, obwohl sich die überwiegende Anzahl der deutschen Wähler für die bisherige Politik ausgesprochen hat, und obwohl, wie das Telegramm des rheinischen Oberpräsidenten weiter einmal beweist, das besetzte Gebiet sich mit überwältigender Majorität zum Programm des Kabinetts Marschallmann und der Mittelparteien bekennt. Bisherig befehlt der ernste Warrant des rheinischen Oberpräsidenten endlich die Deutsche Volkspartei darüber, welche innerpolitische Torgelt und welche schmerzhaften außenpolitischen Schädigungen es bedeutet, wenn sie allein ihren bisherigen Kundgebungen wider den Kurswechsel um der schönen Augen der Deutschnationalen willen mitmachen würde.

Stimmen aus Frankreich.

Die Gefahren einer nationalistischen Regierung in Deutschland. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 3. Juni.

Es wäre zu wünschen, daß in diesen Tagen die Kommentare der nationalistischen französischen Blätter zu der deutschen Regierungsschritte in vollem Umfang täglich in Deutschland verbreitet werden könnten, damit die Führer der deutschen Parteien und des deutschen Volkes immer wieder erinnern, welchen französischen Politikern mit einem Ruck nach rechts in Deutschland gebietet wäre. Herr Bertinax hofft dringend, daß der deutsche Nationalismus aus Rader können möge, damit in Frankreich das Verteilungssystem organisiert werden könnte, welches das „Gloire de Paris“ schon lange empfohlen hat. Der Rechts die Augen geöffnet werden möchten. Die „Action française“ verpöcht Herrn Berthelet, weil er im „Temps“ den vernünftigen Satz geschrieben hat: „Die demokratische Entwicklung ist im neuen Deutschland, das die Frucht des zweiten Weltkrieges erleidet hat, leichter als in dem alten Deutschland, das die Kaisermacht für unbefähigt hielt.“

So geht es weiter in allen jenen Blättern, die in diesen zwei Jahren Deutschland am meisten geschmäht und geschädigt haben. Alle diese Politiker des nationalen Worts haben jetzt nur noch die eine Hoffnung, daß eine nationalische Regierung die verhängenden Vorläufe der künftigen radikalen Regierung Frankreichs illusorisch machen soll. Deshalb wäre es zu wünschen, daß die Regierung der Mittelparteien mit Marsch und Stresemann am Werk bliebe und sich die Unterstützung der Sozialdemokraten zu sichern vermöge. Es ist aber noch etwas anderes wichtig. Seit zwei Jahren war die ganze Politik Deutschlands durch die Tatsache der Währungsbesetzung mit ihren ungeheuerlichen Folgen ganz auf die Abwehr eingestellt. Auch die größten Optimisten wurden durch Woincaré und seine Generale gezwungen, ihre Hoffnungen auf eine politische Verbesserung, die notwendig zu unterbrechen. Jede deutsche politische Auswertung, jede Rede, jede Note, jeder Zeitungsausschnitt stand unter einem inneren Zwange, der nicht nur schwer beizufahren ist und in der Presse Frankreichs jedesmal eine scharfe Reaktion hervorruft.

Wenn jetzt Herrriot und mit ihm andere Radikale zur Regierung kommen, muß diese ganze bisherige Politik geändert werden. Es wäre zu wünschen, daß durch die Wiederholung erwünschter „Worte der Menschlichkeit“, die Befreiung der Geiseln und der neuer politischen Weltanschauung, die die Befreiung vorbereitete, der neuen politischen Einstellung in Deutschland eine sichere Grundlage gegeben werde.

Türkischer Kulturkampf?

Von unserem Korrespondenten

Franz Carl Endres.

Konstantinopel, Ende Mai.

Heute sind in der Türkei das Alte und das Neue in heftigster Auseinandersetzung. Und wenn diese Auseinandersetzung nicht — oder wie Bestimmungen sagen noch nicht — die Form des Bürgerkrieges angenommen hat, so ist dafür sowohl die militärische Schwäche der Vertreter des Alten wie auch das Prestige Mustafa Kemals die Ursache. So sehr dieses unangenehme Prestige im Sinne der innerpolitischen Ruhe staatsbehaltend wirkt, so sehr gefährlich kann es für die Zukunft der Türkei sein, für jene Zukunft nämlich, in der ein Mustafa Kemal nicht mehr an der Spitze des Staates steht. Ohne den türkischen Diktator mit einem Alexander, mit einem Napoleon vergleichen zu wollen, so liegt doch eine Ähnlichkeit der Situation vor, insofern als er, wie jene, ganz allein die schmale Basis eines Regierungsgeländes darstellt, das in labilem Gleichgewicht sich erhält, aber nur so lange er eben da ist. Er kann innerpolitische Fehler begehen, die fatal bleiben, so lange sein Prestige das Ganze des Staates zusammenhält, er kann das Schwergewicht wagen. Aber er spürt dadurch die Basis immer mehr zu und die Türkei gleicht einer einem Kiesel, der sich aufrichtet, weil er sich noch um die Schwere dreht, die durch den Schwerpunkt Mustafa Kemal läuft. Gört die Drehung auf, dann liegt der Kiesel am Boden.

Mustapha Kemal ist eine durchaus revolutionäre Persönlichkeit, stark im Willen, groß in der Idee und rücksichtslos in seinen Ausführungen. Er hat klar erkannt, daß die reaktionäre Herrschaft der Geistlichkeit den Fortschritt des Landes hemmt. Das haben andere vor ihm auch erkannt, aber sie vermochten, so lange die Türkei das islamische Kalifat mit ihrem Sultanat verband, diese herrliche Macht nur im Wege des Kompromisses behandeln. Mustafa Kemal trat radikal vor. Er befehlte das Sultanat, dann das Kalifat und dadurch alle reaktionären Bindungen des türkischen Staates. Er nahm seinen Gegnern die Basis ihrer Macht.

Es sei hier nur angedeutet, daß dieser Schritt, der der islamischen Glaubensgemeinde ihre phylogologische Einheit nahm, bedeutende außenpolitische Folgen haben kann und die Türkei aus Gründen ihrer Isolierung in Asien auf die Wege europäischer Politik früher oder später treiben muß. Innerpolitisch bedeutet er die größte Umwälzung seit Bestehen der Türkei.

Ein solcher Schritt kann nicht im wesentlichen sehr ungeliebten, daher der Tradition sehr anhängenden Volk nur dann schmachhaft gemacht werden, wenn eine glänzende Verwaltung des Staates, Hand in Hand mit der Umwälzung, die Berechtigung dieser Tag für Tag beweist. Und gerade darin fehlt es in der Türkei vollkommen.

Die Konstantinopler Zeitungen überschütten die Regierung mit Vorwürfen wegen der schlechten, unüberlegten Verwaltung, wegen der überall herrschenden Beliebigkeit, wegen zahlloser Fehler, die jeden Tag begangen werden und fatale wie wirtschaftliche Entwicklung der Türkei hemmen oder geradezu untergraben. Alle diese Zeitungen sind Anhänger Mustafa Kemals, was ihrer scharfen Kritik der Regierung besonderes Gewicht verleiht.

Das System der türkischen Regierung ist eben kein System, es ist eine Person, deren Prestige alles deckt, was ohne dieses Prestige niemals zu bester wäre.

Es ist eine türkische Zeitung, die resigniert schreibt: „Wir sind zu sehr an eine schlechte Verwaltung gewöhnt, um an einer solchen zu sterben. Unordnung ist noch nicht Anarchie. Dem Tücker ist es möglich, ohne Gefahr im Chaos der Unordnung zu leben.“

Gelegentlich tauchen in einem ganz unbeteiligten Zuschauer Zweifel auf, ob es sich heute in der Türkei tatsächlich um einen Kulturkampf handelt, oder ob die einem solchen angebrochenen Symptome ihr Motiv hier nicht etwa doch bloß im reinen Kampf um die Diktatur haben. Der Kulturkampf müßte doch danach trachten, an Stelle des rücksichtslos Niedergewerteten sofort etwas Neues aufzubauen, ja, eigentlich müßte das Neue vorbereitet sein, ehe das Alte beseitigt wird. Es wird nun aber tatsächlich nichts Neues geschaffen. Die türkischen, gewiß sehr schlechten, geistlichen Schulen sind gesperrt, aber neue weltliche sind nicht da. Man hat auch die christlichen, schulpflichtig ganz ausgezeichneten, französischen und italienischen Schulen gesperrt und weigert sich, allen diplomatischen Protesten zum Trost, sie wieder zu eröffnen, bevor nicht das Prestige des Kreuzes überall entfernt ist. Gewiß, die französischen Schulen waren ein Mittel der französischen Politik und Organe der Kirche, aber sie haben doch ein gutes Teil der Bildung vermittelt, deren sich die oberen Gesellschaftsklassen der Türkei nicht ohne Stolz erheben. Nun sind Tausende von türkischen Kindern ohne Schule.

Man plant auch, die armenischen und griechischen Patriarchate sowie das jüdische Oberbischöfamt aufzulösen (das angebliche dies befallende Interview Mustafa Kemals mit dem amerikanischen Reporter hat jedoch nicht stattgefunden). Gewiß, man hat politische Gründe dafür, aber gerade die kulturellen Gründe sprechen dagegen; denn zur Idee der föderalistischen Republik gehört, daß jeder nach seine Fasson fertig werden soll. Diese Idee ist durchbrochen. Man beginnt, aus politischem Puritanismus religiös intolerant zu werden oder wenigstens so zu wirken.

Und ebenso wie auf diesem Gebiete die Probleme sich in befremdender Weise aufspüren, so auf jedem anderen Gebiete auch.